

Datum: So. 3. Nov. 2019 um 13:46
Betreff: Stahlresolution Gemeinderat Bous

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates Bous,

wie im Rahmen der letzten Ausschusssitzung angekündigt sind wir gerne bereit als Grüne Fraktion die Resolution zur Strukturveränderung und dem damit verbundenen Arbeitsplatzabbau in der heimischen Stahlindustrie mitzutragen und uns mit den Kolleginnen und Kollegen solidarisch zu erklären. Natürlich steht der Verweis auf die klimapolitischen Lasten der europäischen Stahlhersteller, die zu Wettbewerbsnachteilen führen, im Moment hoch im Kurs. Dies ist auch in dem Sinne richtig, dass der deutsche bzw. europäische Weg der Alleingänge tatsächlich zu Lasten führt, die in anderen Regionen in der Form nicht zu tragen sind. Den alleinigen Hinweis in dem Resolutionsentwurf der SPD /CDU auf diesen Zusammenhang halten wir aber für zu kurz gesprungen. Eine Versachlichung der Diskussion würde uns allen guttun. Eine unserer Anregungen aus den letzten Sitzungen war es den Betriebsrat zur Gemeinderatssitzung einzuladen und mit ihm ein konkreter Text abzustimmen . Ggf. ist es ja in einer der kommenden Sitzungen möglich dies zu tun.

Wir halten in diesem Zusammenhang auch die 14 Forderungen und Positionen der IG Metall zum Erhalt der Arbeitsplätze innerhalb der saarländischen Stahlindustrie für unterstützenswert und auch konkreter als der aktuell vorliegende Text. Wir regen daher an diese 14 Forderungen im Rahmen der Resolution zu übernehmen da Sie konkreter und zielgerichteter auf die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen in der saarländischen Stahlindustrie eingeht:

1. Die Bundesregierung und die Europäische Union müssen die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen und der deutschen Stahlindustrie sichern. Ganze Wertschöpfungsketten, beginnend mit dem Stahl bis hin zum Endprodukt, sind zu erhalten. Die Umwelt- und Sozialstandards der deutschen Stahlindustrie sind nirgendwo so ausgeprägt wie bei uns. Sie müssen Vorbild sein für die Stahlindustrie in Europa und der Welt.

2. Die Bundesregierung und die Europäische Union sind dazu verpflichtet, zum Wohle des Volkes und der Umwelt zu handeln. Die aktuelle Handelspolitik und die weltweiten Handelskonflikte gefährden

unsere Stahlindustrie in ihrer Existenz. Die bisherigen Schutzmaßnahmen (Safeguard) haben ihre Wirkung verfehlt. Daher müssen die Steigerungen der Stahl-Importe zurückgenommen und weitere Steigerungen gestoppt werden.

3. Importierter Stahl, der schlechtere Umweltwerte ausweist, als der in Europa gefertigte Stahl ist mit einer Umweltabgabe, einer Green-Border-Tax, zu besteuern. Wenn Umweltschutz, dann bitte richtig!

4. Um die notwendigen und beschlossenen CO2 Einsparungen zu erreichen, müssen die EU-Kommission und die Bundesregierung Förderprogramme in Milliardenhöhe zur

Dekarbonisierung der Stahlindustrie auflegen. Es gilt der Grundsatz, wer die Produktion CO2-frei aufstellt, muss wirkungsvoll unterstützt werden.

5. Für die Umstellung auf eine CO2 freie Stahlproduktion braucht die Stahlindustrie Zeit für die wirkungsvolle technische Weiterentwicklung. Zudem muss eine ausreichende Versorgung mit „Grünem Strom“ an den Stahlstandorten durch die Politik zuerst sichergestellt sein.

6. Alle im Stahlbereich notwendigen Personalmaßnahmen sind sozialverträglich zu gestalten. Betriebsbedingte Kündigungen müssen ausgeschlossen werden.

7. Den befristet Beschäftigten und den Auszubildenden müssen Perspektiven im Konzern angeboten werden.

8. Der Grundsatz Eigenarbeit geht vor Fremdarbeit bleibt erhalten. Outsourcing an Billiganbieter ohne Tarifbindung und ohne Betriebsrat ist abzulehnen.

9. Qualifizierungs,- und Umschulungsmaßnahmen sind aufzulegen und ebenso sozialverträglich zu gestalten. Eine Regelung wie bei Kurzarbeit (90% Entgeltabsicherung) sind über den Qualifizierungszeitraum zu bezahlen.

10. Alle Stahl-Standorte im Saarland bleiben erhalten. Es erfolgt eine Weiterentwicklung in neue Produkte und neue gewinnbringende Märkte.

11. Es wird weiter in Aus- und Weiterbildung umfangreich investiert.

12. Der Vorstandsvorsitzende Tim Hartmann und der gesamte Vorstand der saarländischen Stahlindustrie hat alle Maßnahmen eng mit der Mitbestimmung zu verhandeln und abzustimmen. Alleingänge darf es nicht geben. Transformation geht nur mit und nie gegen die Belegschaft.

13. Die Montanstiftung und die Montanmitbestimmung sind zu festigen und auszubauen. Dies gilt insbesondere auch für die Konzernspitzen.

14. Arbeitgeber, Arbeitnehmervertreter und Belegschaft setzen sich weiter gemeinsam dafür ein, dass innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und der europäischen Union eine Industriepolitik betrieben wird, die Industriearbeitsplätze erhält und zugleich Umweltpolitik aktiv fördert und vorantreibt.

Anbei noch einige Hintergrundinformationen zur aktuellen Situation in Bous aus unserer Sicht

Jede Tonne Stahl aus einem Elektro-Stahlwerk hat eine bessere CO2-Bilanz als die Tonne aus einem Hochofen. Das Bouser Stahlwerk verfügt durch seinen Elektro-Lichtbogenofen im Vergleich zu Hochofenrouten über deutlich reduzierte Emissionen und eine verbesserte Energieeffizienz. Die zukünftigen Lasten des Emissionshandels sind nicht die Ursache der aktuellen Krise, denn sie fangen gerade erst an, schrittweise zu wirken. Bisher ist die EU-Stahlindustrie an vielen Stellen verschont worden, etwa durch die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten und verschiedene Sonderregeln. Die mit Abstand wichtigste Ursache für die aktuellen Probleme ist die aktuelle Nachfrageschwäche am Heimatmarkt, von der Deutschland aufgrund seiner Exportlastigkeit und der großen Bedeutung der Automobilindustrie besonders stark betroffen ist. Die im zweiten Halbjahr 2018 einsetzende

Flaute hat viele Stahlersteller kalt erwischt. Struktureller Art sind in jedem Fall Verschiebungen am Weltmarkt. Dabei greift der Verweis auf die Überkapazitäten der anderen zu kurz. Diese bestehen übrigens in der EU laut einer McKinsey Studie aus dem Jahr 2018 in einem proportional ähnlichen Maß wie in China.

Das Nachfragewachstum am Stahlmarkt findet vor allem in Asien statt. Und anders als zum Beispiel die Automobilindustrie oder der Maschinenbau partizipiert die deutsche Stahlindustrie kaum an diesem Wachstum, sondern ist stark von gesättigten Märkten abhängig. Sie hat es verstärkt mit internationalen Wettbewerbern zu tun, die mit modernster Anlagentechnik und einer steilen Lernkurve frühere Qualitätsnachteile schnell aufholen. Verschärft wird die Situation dadurch, dass die EU-Industrie im weltweiten Vergleich Kostennachteile aufweist. Wir fordern daher von den Unternehmen in innovative und zukunftsorientierte Produktions- und Qualitätsprozesse zu investieren und Ihre Standorte zukunftstauglich aufzustellen. Zusätzlich muss die Politik den Rahmen schaffen den notwendigen Umbau der Stahlindustrie auch finanziell zu flankieren.

Die deutschen Stahlimporte zeigen keine Anzeichen einer „Schwemme“, sondern schwanken seit Jahren bei leicht steigender Tendenz weitgehend im Einklang mit der Nachfrage. Die Importe lagen 2018 um gerade 6% höher als 2015 und der weit überwiegende Anteil davon kommt aus EU-Ländern. Das erste Nicht-EU-Land liegt auf Platz 8 der Import-Rangliste, liefert 3% der deutschen Importe und heißt Brasilien. Direkt aus China kamen 2018 ca. 340.000 Tonnen Stahl auf den deutschen Markt, knapp 50% weniger als noch 2016 und ca. 0,8% des gesamten Marktvolumens.

Die Einfuhren aus Drittändern sind in den vergangenen Jahren zwar klar gestiegen, bei Flachprodukten war es 2018 ein Marktanteil von knapp 20%, bei Langprodukten 12%.

Die aktuellen Schwierigkeiten der Stahlindustrie sind in erster Linie das Ergebnis konjunktureller und struktureller Veränderungen bei Angebot und Nachfrage in einem sich schnell wandelnden Marktumfeld. Darauf muss die Stahlindustrie, wie auch andere Branchen, Antworten finden. Aber auch die politische Diskussion darüber, ob und in welchem Umfang daher staatliche Hilfe sinnvoll ist, ist richtig.